

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.



Newsletter
der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de

www.gl-erlangen.de



Ausgabe 07. Juli 2006

Änderungen beim Arbeitslosengeld II

Ab 1.04.2006 traten die von der Bundesregierung beschlossenen Änderungen beim Arbeitslosengeld II in Kraft. Für Jugendliche unter 25, die zu Hause wohnen, wird der Regelsatz auf 80 % gekürzt. Außerdem dürfen sie nur noch mit vorheriger Genehmigung des Fallmanagers von zu Hause ausziehen. Die Verschärfungen sind unverantwortlich. Der eigene Leistungsanspruch für Jugendliche war ein wichtiger Schritt in Richtung Grundsicherung und ermöglichte Jugendlichen, auf eigenen Füßen zu stehen und sich eigenständig für Ausbildung und Arbeitsplatz einzusetzen. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass auch junge Menschen selbst darüber entscheiden dürfen, wo und mit wem sie zusammen leben wollen.

„Das neue Gesetz gibt der Behörde einen breiten Ermessungsspielraum bezüglich der Frage, ob den jungen Menschen der Auszug aus der elterlichen Wohnung genehmigt wird“, so GL-Stadtrat Wolfgang Winkler. „Aus den vorstehend dargelegten Gründen soll dieser Ermessungsspielraum in Erlangen großzügig und weit ausgelegt werden.“

Die Grüne Liste will deshalb in einem Antrag wissen, wie viele junge Menschen von der gesetzlichen Neuregelung betroffen sind, d. h. bei wie vielen jungen Menschen das Arbeitslosengeld II auf 80 % gekürzt wurde, und bei wie vielen jungen Menschen die Erlaubnis zu einem Auszug aus der elterlichen Wohnung erteilt, bzw. nicht erteilt wurde. Im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 15. Mai nahm das Sozialamt dazu Stellung: Insgesamt leben 568 SGB-II-EmpfängerInnen zwischen 18 und 24 Jahren in Erlangen. Wieviele davon nun von den Änderungen betroffen sind, könne noch nicht konkret benannt werden, da bisher nicht erfasst wurde, ob die jungen Erwachsenen bei den Eltern leben oder nicht. Für den korrekten Vollzug gäbe es noch offene Fragen. Immerhin, bei vier von insgesamt neun Umzugsfällen im Zeitraum vom 1.4. bis 15.5. wurde die Zustimmung bereits verweigert. Eine nach der neuen Regelung vorherige behördliche Genehmigung sei „lediglich maßgeblich“ für die Frage, ob die neuen Unterkunftskosten übernommen werden. „Insofern ist die Freiheit der Betroffenen zum Auszug aus der elterlichen Wohnung keineswegs beseitigt“, so der fast zynische Kommentar der Verwaltung.

Südkurve scheitert vorm Achtelfinale

Scharf kritisiert wurde von Seiten der Grünen Liste, dass einem rein kommerziellen Veranstalter in Erlangen besondere Privilegien eingeräumt werden.

Nun ist die Erlanger „Südkurve“ bereits vor dem Achtelfinale ausgeschieden. Vor der Großleinwand in „Stadionatmosphäre“ fanden sich bei den Spielen ohne deutsche Beteiligung nur wenige Fans ein. Der Veranstalter, die Südkurve Deutschland GmbH & Co. KG hat die Erlanger „Kurve der Begeisterung“ am 22. Juni als unrentabel eingestellt. Die Leinwand am Großparkplatz ist bereits abgebaut. Der vorzeitige Abgang sorgte auch für gehörige Schadensfreude.

Denn die „Südkurve“ durfte sich in Erlangen auf sehr weichem Rasen niederlassen. Während altgediente Straßenfeste oder andere Veranstaltungen auf öffentlichem Grund verschiedene Nutzungsentgelde zahlen müssen, erließ der Stadtrat hier alle Gebühren.

Die ErlangerInnen haben selber mit den Füßen abgestimmt und zeigten der „VIP-„ und „Stadion-Atmosphäre“ die kalte Schulter. Am Ball bleiben die üblichen Erlanger Austragungsortlichkeiten, wie diverse Kneipen und das E-Werk. Letzteres konterte mit der „Nordkurve“. Dort kann man sich auch in die Fangemeinde einreihen, jedoch im Gegensatz zur „Südkurve“ kostenlos und bis zum Endspiel.



Foto: www.pixelquelle.de

Herausgeberin:
Grüne Liste Stadtratsfraktion
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
t. 09131-862781
f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Newsletter
der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 2

Ausgabe 06. Juli 2006



„Umdenken in der Verkehrspolitik“

Besuch des Bundesverkehrsministers Tiefensee in der Region

Mitte Juni besuchte Bundesminister Tiefensee (SPD) die Erlanger Region. Er steht wie der Erlanger MdB Stefan Müller (CSU) und der SPD Landrat Irlinger für den Ausbau der Autobahnen A3 und A73. Der Güterverkehr soll also auch in Zukunft auf den Fernstraßen bleiben. Einerseits beklagt Tiefensee, dass die GegnerInnen des umstrittenen Ausbaus des Rasthofes Aurach nach dem „St. Floriansprinzip“ vorgehen würden. Andererseits bietet er keine innovativen Lösungen für die wachsenden Verkehrs-Belastungen an. Eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist kein Thema mehr. Stattdessen wird eine Ausbauspirale aktiviert, an deren Ende mehr Belastungen für die BürgerInnen stehen. Kurzfristig machbare Lärmschutzmaßnahmen an der A3 und A73 werden auf die lange Bank geschoben.

Berthold Lausen, Sprecher des Erlanger Kreisvorstands von Bündnis 90/Die Grünen fordert ein Umdenken in der Verkehrspolitik: „Der Schwerpunkt der öffentlichen Investitionen im Fernverkehr muss bei der Beschleunigung und dem Ausbau der europäischen Schienenwege liegen“

Manfred Bachmayer, stellvertretender Landrat und Sprecher des grünen Kreisverbandes Erlangen-Land begrüßt es ausdrücklich, dass die neue Bundesregierung sich für die zügige Realisierung der S-Bahn Nürnberg-Forchheim einsetzt. „Wir fordern darüber hinaus, dass die Stadtumlandbahn als Zubringer vorangebracht wird. Nur so können wir die künftig wachsenden Verkehrsströme in Stadt und Landkreis umweltverträglich bewältigt werden.“

Die Grünen kritisieren die Schwerpunktförderung des Fernstraßenbaus, den fortgesetzten Ausbau von Regionalflughäfen sowie die Beibehaltung der Steuerbefreiung von Flugbenzin als einen „schweren Fehler“ des Verkehrsministeriums, der Bundes- und Staatsregierung. Eine weiter geplante massive Kürzung der Regionalisierungsmittel zu Gunsten des Autobahnausbaus sei ein „Schildbürgerstreich“.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Toni Hofreiter wird am 18. Juli die Raststätte besuchen und will sich auch über Straßenbauprojekte in der Region informieren.

„Rote Karte gegen Rassismus“

Die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt hat den Afrika-Rat als Dachverband von 50 Organisationen dazu veranlasst, eine Kampagne in Zusammenarbeit mit der internationalen Liga für Menschenrechte und „Schwarze Fußballer gegen Rassismus“ zu initiieren. Diese Gewalt widerspricht einerseits der Doktrin der Charta für Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit und andererseits dem Geist der Fußball-WM, die unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ steht. Es gibt in Europa eine Form von Rassismus, die überwiegend Menschen afrikanischer Herkunft betrifft. Es geht von verbalen Attacken bis hin zu körperlicher Gewalt. Die letzten Fälle in Potsdam sprechen eine deutliche Sprache.

Bereits bei der „Première Conférence contre le Racisme Anti-Noir“ (Erste Europäische Konferenz gegen den Rassismus gegen schwarze Menschen) in Genf am 16. März 2006 haben Fußballer, wie z.B. Lilian Thuram, betont, dass sie den Rassisten die „rote Karte“ zeigen werden und aktiv gegen die Fans, die sie beschimpfen, vorgehen. Notfalls sind sie bereit, sofort wieder abzureisen. Der Fußball-Weltverband FIFA hat in einer Resolution am 17. März 2006 in Zürich beschlossen, schon bei der WM in Deutschland drakonische Strafen gegen rassistische Vorfälle anzuwenden.

Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Grünen Liste : „Auch wenn die Stadt Erlangen selbst kein Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft ist, sollten alle die Kampagne der internationalen Liga für Menschenrechte und des Afrika-Rates unterstützen und ihren Beitrag dazu leisten, damit sich ‘die Welt zu Gast bei Freunden’ sicher fühlt, und dass es für uns alle ein friedliches und freundschaftliches Ereignis bleibt.“

Transparente Aufsichtsräte

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 8.5.06 die Berufung der Stadt Passau zum so genannten Transparenz-urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg vom Februar vergangen Jahres zurückgewiesen und eine Revision nicht zugelassen.

Damit wurde erneut die bisher immer wieder von der Grünen Liste und anderen Grünen Fraktionen vorgebrachte Position bestätigt, dass es möglich ist, dass Themen aus Aufsichtsratssitzungen kommunaler GmbHs auch veröffentlicht werden. Die dagegen vorgebrachten Argumente, dies sei aufgrund des GmbH-Rechts nicht möglich, entpuppen sich nunmehr als vorgeschoben.

Das Gericht macht in seiner Entscheidung deutlich, dass es wenig zweckmäßig ist, jedem Aufsichtsratsmitglied die Entscheidung zu überlassen, ob er oder sie einen TOP für geheimhaltungspflichtig hält. Das wäre riskant, bei unzutreffender Einschätzung drohen Schadensersatzansprüche der GmbH oder sogar die Strafbarkeit. Im Gesellschaftsvertrag könne, so das Gericht, bestimmt werden, welches Organ festlegt, welche Tagesordnungspunkte wie lange der Verschwiegenheit unterliegen. Insoweit hat der Stadtrat einen Gestaltungsspielraum.

Wörtlich heißt es im Urteil: „Erfreulicherweise bietet das GmbH-Recht aber genügend Spielräume, die Gesellschafterverträge so auszugestalten, dass grundlegende Erfordernisse unseres demokratischen Rechtsstaats nicht unter die Räder geraten. Dazu gehören die Transparenz der Entscheidungen, die Kontrolle der Gesellschaftsorgane auch durch die Öffentlichkeit und die Medien und der Respekt vor den mündigen Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern.“

Die Grüne Liste hat bereits im Februar letzten Jahres eine Überprüfung beantragt, inwieweit das Regensburger Urteil Auswirkungen auf die Praxis der kommunalen Aufsichtsräte in Erlangen haben wird. Die Behandlung des Antrags wurde damals aus „Zeitgründen“ und mit dem Verweis auf die noch ausstehende Entscheidung über die Berufungsklage aufgeschoben. „Wir haben nun schleunigst wieder an unseren Antrag erinnert, dass Aufsichtsratssitzungen transparenter werden“.

Qualitätseinbußen im ÖPNV befürchtet

Am 16. Juni stimmte der Bundesrat dem Haushaltsbegleitgesetz zu und damit auch einer Reduzierung der Nahverkehrszuschüsse. Sie werden von 2006 bis 2009 um 1,8 Mrd. € gekürzt; geplant waren ursprünglich sogar 2,3 Mrd. €. Erst nach 2009 soll es wieder eine Dynamisierung der Zuschüsse geben.

Vom Städtetag über die Bündnisgrünen bis zu den Verkehrsverbänden werden nun Qualitätseinbußen und Preissteigerungen im ÖPNV befürchtet. „Die Länder sind nun in der Pflicht, wesentlich mehr für den öffentlichen Nahverkehr zu tun. Geld dafür kann aus der gleichzeitig beschlossenen dreiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung genommen werden, die zu einem großen Teil die Länderkassen klingeln lässt“, fordern nun nicht nur die beiden Verkehrspolitiker der grünen Bundestagsfraktion, Winfried Hermann und Toni Hofreiter.

Die „Allianz pro Schiene“ hat auf ihrer Homepage <http://www.allianz-pro-schiene.de> schon einmal veröffentlicht, was das für die einzelnen Bundesländer bedeutet: Die größten Einbußen kommen mit 284 Mio. € auf NRW zu, gefolgt von Bayern mit einem Minus von 270 Mio. €.

*Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung/ Rita A. Herrmann
www.kommunale-info.de*

Politikwechsel im Stadtrat?!?

Ein Kommentar von
Helmut Wening

Mit Birgitt Aßmus steht nun erstmals eine Frau an der Spitze der CSU-Stadtratsfraktion. Ich gratuliere ganz herzlich. Ja noch mehr, ich freue mich auf neue Schwerpunkte der konservativen Politik für Erlangen. Denn bei Frau Aßmus handelt es sich um eine ausgesprochen engagierte Sozialpolitikerin, deren here Ziele und Wünsche sich aber stets einer bedingungslos wirtschaftsorientierten und technikverliebten Fraktionsmehrheit unterordnen mussten. Viele Initiativen und Projekte aus dem Jugendhilfeausschuss heraus, dessen Vorsitzende sie ist, wurden von ihrer Fraktion und den „wichtigen Ausschüssen“ ausgebremst. Wird das nun anders werden?? Gibt es für Einrichtungen wie die Jugendfarm nun die Chance einer fairen Finanzierung? Erhalten Kindergärten und Schulen, Kinder und Jugendliche, Umwelt, Arbeitslose, Kranke und Senioren nun eine Lobbyistin innerhalb der CSU und der Stadtratsmehrheit, wie sie die bekannten Unternehmen und viele Bauträger längst haben? Werden die Schwachen gestärkt, weil die Starken sich sowieso selbst helfen können??

Spannende Fragen und die Antworten darauf werden wir sicher kritisch betrachten. Denn ich glaube nicht, dass die neue „Chefin“ der schwarzen Fraktion im Erlanger Stadtrat lediglich eine Verlegenheits- oder Übergangslösung sein soll, dazu läßt die CSU zu wenig Platz für Nachwuchspolitiker, die in die Fußstapfen der langsam ausscheidenden „Urgesteine“ treten könnten.

Die Bandbreite zwischen einer „sozial denkenden“ CSU-Vorsitzenden und einem „wirtschafts hörigen“ Oberbürgermeister ist allerdings dann doch so weit, dass wir auf spannende Diskussionen in der CSU hoffen dürfen. Da möchte man Mäuschen sein.